

Als Missionar in Afrika

Verl vor 50 Jahren: Pater Walter Lükewille berichtete im Januar 1966 über sein Wirken in Tansania

Am Abend des 9. Januar 1966, einem Sonntag, war der große Saal des Hotels Clasbrummel in der Hauptstraße in Verl bis auf den letzten Platz gefüllt: Der in Sende geborene Pater Walter Lükewille berichtete in Wort und Bild von seiner Arbeit als Missionar im ostafrikanischen Tansania. Dort war der 35jährige seit 1959 als Angehöriger der Missionsgesellschaft der Afrikamissionare „Weiße Väter“ – so genannt nach der Farbe ihres Gewandes – tätig. Nun, über sechs Jahre später, verbrachte Walter Lükewille seinen ersten Heimaturlaub seit seiner Entsendung auf dem elterlichen Hof, und es bot sich die Gelegenheit für einen Diavortrag. Damit wollte er auch seiner Heimatpfarre St. Anna Verl Dank abstaten für die Unterstützung seines Wirkens.

Bereits als sehr junger Mann hatte sich Walter Lükewille entschieden: Er wollte Geistlicher werden und begeisterte sich bald für die Afrikamission. Das Abitur legte er auf dem Gymnasium der Weißen Väter in Großkrotzenburg bei Hanau ab; ein Theologiestudium und Noviziat in Algerien, wo die Missionsgesellschaft ihren Ursprung hatte, folgten. Nach der Priesterweihe in Schottland 1955 war Pater Lükewille noch vier Jahre als Lehrer für die Weißen Väter in Deutschland tätig, bevor ihn die Gesellschaft nach Tansania entsandte, das zu diesem Zeitpunkt noch ein von Großbritannien verwaltetes Treuhandgebiet der UNO war.

Pater Lükewille kam zunächst nach Chiwanda, eine junge Pfarrei, der es an einer zuverlässigen Wasserversorgung, einer Missionsstation, einer Schule und einer Kirche noch fehlte. Reiste er nicht von Dorf zu Dorf, war der junge Geistliche deshalb „Planer, Baugenehmigungsbehörde, Baumeister, Maurer und Zimmermann, alles in einer Person“. Dabei unterstützten ihn die Pfarrkinder von St. Anna Verl mit Geld- und Sachspenden; das „Innere der Kirche in Chiwanda ziert(e) ein vom Vater des Missionars gestiftetes und in der Kunstwerkstatt der Schwestern der Benediktinerabtei Varenell gearbeitetes Kreuz“, notierten die anwesenden Zeitungsberichtersterter.

Anders als in Chiwanda, das er selbst besonders prägen konnte, hatte Pater Lükewille drei Jahre später in Chala eine seit Jahrzehnten bestehende, gut eingerichtete Pfarrei angetroffen. Hier war er für die Jugendarbeit zuständig und plante neben der bereits vorhandenen Grundschule eine Aufbauschule, um die Bildung der jungen Menschen zu vertiefen und ihnen für ihre Zukunft neue Wege zu eröffnen.

Noch viele weitere Vorhaben sollte Pater Lükewille in Tansania verwirklichen: Erst 2004, nach 45 Jahren in Afrika, würde ihn die Missionsgesellschaft nach Deutschland zurückrufen.

„Beiderseits der Grenzen“

Verl vor 50 Jahren: Gebietsveränderungen beschäftigten die Gemeinden des Amtes im Februar 1966

Im Februar 1966 gebrauchten die Redakteure der örtlichen Zeitungen ein Wort besonders häufig: das Wort „Grenze“. So beschrieben sie, wie die Gemeinden Verl und Bornholte durch die „beiderseits der Grenzen“ entstehenden Wohngebiete optisch zusammenwuchsen: Zwischen dem Bühlbusch in Verl und dem Bornholter Feld waren an der Lessingstraße, der Eichendorffstraße, dem Lönsweg und der Agnes-Miegel-Straße etliche neue Wohnhäuser entstanden. Diese Straßen- und Wohnbaumaßnahmen konnten anscheinend unberührt von dem Verlauf der Grenze zwischen den beiden Gemeinden Verl und Bornholte verwirklicht werden.

Ein ähnliches Vorhaben der Gemeinde Schloß Holte führte hingegen zu einer erregten Auseinandersetzung zwischen den Mitgliedern des Rates der benachbarten Gemeinde Sende. Schloß Holte plante die Kanalisierung und den Ausbau der Straße Dopheide, die die Grenze mit Sende bildete. Um die Planung und die Finanzierung dieser Maßnahme zu vereinfachen, stellte sich die Frage, ob hier die Grenze so verschoben werden sollte, dass die Straße mit sämtlichen Anliegern auf beiden Seiten an Schloß Holte käme. Die CDU mochte diesem Vorschlag nicht zustimmen: Die an der Dopheide wohnenden Senderinnen und Sender gehörten doch der Kirchengemeinde St. Heinrich Sende an und hätten auf dem Sender Friedhof ihre Begräbnisse. Die SPD hingegen betonte, dass „schon jetzt ein Teil der Sender Bevölkerung schulisch, kirchlich und wirtschaftlich nach Schloß Holte orientiert“ sei. SPD-Ratsherr Große ging noch einen Schritt weiter, indem er auf ein Gutachten der Universität Münster aus dem Jahr 1957 verwies, das empfahl, „die Gemeinde Sende aufzulösen (...), weil Sende durch seine (ländliche) Struktur nicht in der Lage sei, die Probleme einer Gemeinde in heutiger Zeit zugunsten der Bürgerschaft zu lösen.“ Er schlug vor, Eckardtsheim der Sennestadt, den Bereich Dopheide-Hellweg-Heideblümchen Schloß Holte und den westlichen Teil Sendes der Gemeinde Verl zuzuschlagen.

Die CDU zeigte sich ob dieses Ansinnens „erschüttert“; die Mehrheit des Rates hielt an der Ansicht fest, dass „zur Zeit keine Notwendigkeit für eine Grenzänderung zwischen Sende und Schloß Holte anerkannt wird.“ Doch vier Jahre später, nach der Auflösung des Amtes Verl am 31. Dezember 1969 und der Einrichtung der neuen Gemeinde Verl zum 1. Januar 1970 im Rahmen der kommunalen Neugliederung, kam es genau so, wie es Ratsherr Große beschrieben hatte.

„Rege Siedlungstätigkeit“

Verl vor 50 Jahren: Zwei Seiten des Fortschritts in der Gemeinde Bornholte im März 1966

Lange war das Gebiet der sich zwischen Varenzell und Schloß Holte hinstreckenden Gemeinde Bornholte von einzeln liegenden Höfen geprägt. Doch mit den wachsenden Bevölkerungszahlen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts änderte sich auch hier das Bild: Die Bautätigkeit nahm zu und in der Streusiedlung entwickelten sich Siedlungsschwerpunkte. Neben der geschlossenen Bebauung im Bereich des Strothweges und im Süden des Verler Bühlbusches wuchs bei „Bornholte Bahnhof“ im März 1966 eine weitere Siedlung heran: Nahe dem Haltepunkt der Teutoburger-Wald-Eisenbahn mit seinem Wartehäuschen sahen die Zeitungsredakteure hier ein „Dorf“, ein „neues Zentrum“ entstehen, „fast im Mittelpunkt der Gemeinde, etwa gleich weit von Verl und Kaunitz entfernt“. Schon gab es Überlegungen, eine neue Kirche in diesem Bereich zu errichten.

Das Gebiet, in dem nun gebaut wurde, hatte die Gemeinde Bornholte von dem Bauern Schmalenströer im Tausch gegen andere Flächen erworben. Es lag günstig, unweit des Bahnhofpunkts und der Schule Bornholte II/Ost (heute „Grundschule Bornholte-Bahnhof“). Nachdem ein Bebauungsplan aufgestellt war, gab die Gemeinde die Grundstücke preisgünstig an Bauwillige ab. Besonders seit dem Herbst 1965 entstanden hier am Dahlien- und Ginsterweg ein- und zweigeschossige Bauten mit Wohnungen und Einzelhandelsgeschäften, von denen die ersten im März 1966 bereits bezogen waren.

Über die „rege Siedlungstätigkeit“ berichteten die Journalisten mit Begeisterung. Doch eine andere Entwicklung, die sie ebenfalls im März 1966 in der Gemeinde Bornholte beobachteten, stimmte sie wehmütig: Die Rodungsarbeiten an der heutigen Österwieher Straße (damals Verler Straße) zwischen dem Reckerdamm und der heutigen Bornholter Straße (damals Südstraße). Eine Obstbaumallee hatte die Fahrbahn zu beiden Seiten begleitet, die „besonders zur Blütezeit im Frühjahr eine der schönsten in der ganzen Gegend“ war. Nun mussten die über 40 Jahre alten Bäume dem zunehmenden Kraftfahrzeugverkehr weichen, der eine breitere Straße und, für die Sicherheit der schwächeren Verkehrsteilnehmer, einen Rad- und Fußweg erforderlich machte.

Der Landrat in Verl

Verl vor 50 Jahren: Im Mai 1966 bereiste Paul Lakämper das Amt Verl

Im Mai 1966 war Paul Lakämper nicht nur als Landrat des Kreises Wiedenbrück (der 1973 im Kreis Gütersloh aufging), sondern vor allem als Kandidat der CDU für die bevorstehende Landtagswahl mehrfach zu Besuch im Amt Verl, das zu seinem Wahlkreis gehörte. Diese „Bereisungen“ boten ihm die Gelegenheit, mit den Wählerinnen und Wählern unmittelbar in Verbindung zu treten, mit dem Ziel, sie für sich zu gewinnen. Zunächst war der Landrat in der Gemeinde Verl zu Gast, wo er den Ausführungen von Amtsdirektor Dr. Hans-Georg Klose lauschte: Dr. Klose erläuterte dem Landrat verschiedene Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur, mit der die Gemeinde Verl bereits befasst war – wie dem Bau der Realschule – und die sie noch plante – wie die Erweiterung des Krankenhauses. Dabei hob der Amtsdirektor die große finanzielle Belastung hervor, die solche Vorhaben für den Gemeindehaushalt bedeuteten.

Paul Lakämper kam auch nach Eckardtsheim, der Teilanstalt der von Bodelschwing'schen Anstalten Bethel, die sich auf dem Gebiet der amtsangehörigen Gemeinde Sende befand. Dort informierte er sich über die verschiedenen diakonischen Aufgaben: Die Betreuung geistig behinderter, pflegebedürftiger Männer und Frauen sowie die Erziehung schulentlassener Jugendlicher, „die auf irgendeine Weise gestrauchelt sind“. Pfarrer Blais, Gemeindebürgermeister Wester-Ebbinghaus, Amtsdirektor Dr. Klose sowie mehrere CDU-Politiker begleiteten den Landrat auf seinem Rundgang und unterstrichen damit sowohl die Bedeutung seines Besuchs als auch der sozialen Arbeit, die Eckardtsheim leistete.

So empfingen Paul Lakämper auch in Schloß Holte neben dem Gemeindebürgermeister Oesterwalbesloh mehrere seiner Parteigenossen. Hier besichtigte der Landrat verschiedene Gewerbebetriebe: „Schloß Holter Hütte“ und „Schloß Holter Sägewerk“, „Holter Transportbeton“, „Westhoff Kostüme und Damenmäntel“ und den Zweigbetrieb der „Maschinenfabrik Gebrüder Claas GmbH“. Die anwesenden Journalisten beobachteten, wie jeder Betrieb den Gast auf seine modernsten technischen Einrichtungen aufmerksam machte und seine Leistungsfähigkeit vorzuführen suchte. Überall zeigte der Landrat sein Interesse, und sein Einsatz sollte sich auszahlen: Paul Lakämper wurde im Juli 1966 als Abgeordneter in den Landtag gewählt; sein Amt als Landrat bekleidete er weiterhin.

Paul Lakämper (1926-1983) war von 1964-1973 Landrat des Kreises Wiedenbrück und anschließend Landrat des Kreises Gütersloh (bis zu seinem Tod).

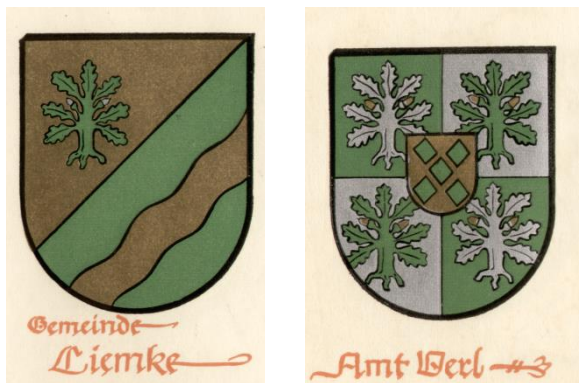
Die Fotografie ist dem Band „Monographie des Kreises Wiedenbrück – Männer der Verwaltung“ aus dem Jahr 1972 entnommen.



„Wappen und Name stimmen jetzt“

Verl vor 50 Jahren: Im Juni 1966 gab es eine neue Beschriftung am Verwaltungsgebäude in Schloß Holte

Als der Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, Franz Meyers, im August 1965 als Ehrengast das Schützenfest in Schloß Holte eröffnete, erinnerte er sich, dass er der Umbenennung der Gemeinde Liemke in Schloß Holte erst vor kurzem – im November 1964 – stattgegeben hatte. Das Verwaltungsgebäude in Schloß Holte jedoch, Nebenstelle der Amtsverwaltung in Verl, trug zu diesem Zeitpunkt noch die alte Bezeichnung „Gemeinde Liemke“. Der Ministerpräsident versprach deshalb, aus seiner Kasse die neue Beschriftung zu bezahlen. Jetzt, im Juni 1966, war sie fertig: Gemeinsam mit dem Gemeindewappen nahm der Schriftzug „Gemeinde Schloß Holte“ seinen Platz am Balkon des Hauses in der Bahnhofstraße ein. „Die Schloß Holter können darum nunmehr ihrem spendablen Landesvater mitteilen, was er für die Änderung in der Visitenkarte von Schloß Holte zu ‚berappen‘ hat“, berichteten die örtlichen Zeitungen.



Die Abbildungen der Wappen der Gemeinde Liemke (Schloß Holte) und des Amtes Verl stammen aus dem „Wappenbuch der westfälischen Gemeinden“, Münster 1940.

Das Wappen indes war unverändert geblieben; der Oberpräsident der Provinz Westfalen hatte es, gemeinsam mit den Wappen des Amtes Verl und der vier weiteren amtsangehörigen Gemeinden Verl, Bornholte, Sende und Österwiehe im Jahr 1938 an Liemke verliehen. Bei allen handelte es sich um Neuschöpfungen, und zwar um sogenannte redende Wappen, die die Namen des Amtes und der Gemeinden bildlich darstellen sollten. Die Gemeinde Schloß Holte führte unter ihrem neuen Namen das alte Wappen von Liemke weiter: Es zeigt einen Eichbaum, der auf das zur Gemeinde gehörige Waldgebiet „Holte“ verwies, und einen Wellenbalken, der den Bach „Limbeke“ symbolisierte. Das Wappen der Gemeinde Verl trug vier Eichbäume, da der Name zum Zeitpunkt der Verleihung als „vier Wälder“ gedeutet wurde; das Wappen des Amtes Verl war zusätzlich mit einem goldenen Herzschild versehen, dessen fünf Rauten die fünf amtsangehörigen Gemeinden versinnbildlichen sollten. Der Name der Gemeinde Bornholte, der als „Gehölz an der Quelle“ verstanden wurde, hatte zu einem Wappen mit einem Wellenbalken und einem Eichbaum angeregt. Die Gemeinde Sende führte ihren Namen auf die Heidelandschaft der Senne zurück; ihr Wappen zeigte deshalb einen Eichbaum und eine Heiderose als Vertreter der heimatischen Pflanzenwelt. Die Gemeinde Österwiehe schließlich führte ein Wappen mit zwei Eichbäumen und einer aufgehenden Sonne: Sie sollte die Himmelsrichtung Osten versinnbildlichen, die Bestandteil des Namens Österwiehe – gedeutet als „östlicher Wald“ – ist.

„Jedem ‚einleuchtend‘ gemacht“

Verl vor 50 Jahren: Im Juli 1966 kam die erste Ampelanlage nach Verl

Nachdem im Januar 1966 Arbeiter die letzten noch im Wege stehenden Gebäude an der Hauptstraße niedergelegt hatten, war der Durchbruch für die neue Trasse der Gütersloher Straße im Dorf Verl geschaffen: Geradlinig schloss sie sich an die Paderborner Straße an, die bis dahin an dieser Stelle in die Hauptstraße eingemündet war. Nun war hier eine Kreuzung entstanden: Die Gütersloher und die Paderborner Straße bildeten jetzt zusammen als Teilstück der Landstraße 757 zwischen Gütersloh und Paderborn die bevorrechtigte Durchgangsstraße, von der die Hauptstraße und die Bahnhofstraße abgingen. Wer aus diesen beiden kleineren Straßen kam, mußte Vorfahrt gewähren. Zwar wiesen Schilder darauf hin, doch schon kurz nach der Eröffnung der Kreuzung im April berichteten die Zeitungen: „Gestern morgen gab es bereits den ersten Unfall, weil sich ein Kraftfahrer offensichtlich noch nicht an die neue Verkehrsregelung gewöhnt hatte. Zum Glück blieb es bei leichten Sachschäden.“ Außerdem bestünde eine erhöhte Gefahr für alle, die zu Fuß unterwegs waren, „wenn sie nicht der Verkehrssituation Rechnung tragen und nur rechtwinklig auf dem kürzesten Weg die Straße überqueren.“

Bis Ende Juni ereigneten sich zahlreiche weitere Unfälle an der Kreuzung; eine Verkehrssicherung war hier unbedingt notwendig. Daher vergab das zuständige Landesstraßenbauamt den Auftrag für den Bau einer Ampelanlage an dieser Stelle. Im Juli ging eine „Bielefelder Spezialfirma“ ans Werk: „Zur gesamten Ampelanlage gehören insgesamt 46 Blinklampen. Zu ihrer Anbringung sind zehn Masten erforderlich, an jeder Straßeneinmündung zunächst zwei kleine. In Fahrtrichtung rechts sind daran jeweils die Hauptzeichen Rot, Gelb und Grün in einer Dreibatterie zusammengefasst; links befindet sich in gleicher Bestückung der ‚Wiederholer‘. Im Winkel von 90 Grad sind an jeder dieser Säulen die Zweierampeln für Fußgänger angebracht. Die Hauptfahrtrichtung im Zuge der Gütersloher/Paderborner Straße wird zusätzlich noch an beiden Seiten durch eine auf je einem Peitschenmasten in größerer Höhe weit in die Fahrbahn hineinragende Ampel für die Kraftfahrzeuge gesichert.“ Die Zeitungen beschrieben die sicherheitstechnische Neuerung im Dorf ausführlich, denn eine solche Lichtzeichenanlage war im ländlichen Raum zu jener Zeit noch selten. Daher verdiente sie es, den Verlerinnen und Verlern genau geschildert und erklärt zu werden. Im Oktober 1966 ging die Anlage in Betrieb.

„Gerechte Entschädigung“

Verl vor 50 Jahren: Im August 1966 versammelte sich die Ortsgruppe des VdK in Kaunitz

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs bildeten sich in Städten und Gemeinden überall in Deutschland Selbsthilfegruppen, die die Interessen von Kriegsversehrten und von Witwen, Kindern und alten Eltern getöteter Soldaten gegenüber den Verwaltungen vertraten. Bald schlossen sich diese Gruppen in den einzelnen Bundesländern in Landesverbänden zusammen; in Nordrhein-Westfalen geschah dies 1948. 1950 schließlich entstand als Dachverband der Landesverbände der „Verband der Kriegsbeschädigten, Kriegshinterbliebenen und Sozialrentner Deutschlands VdK“.

Auch in Kaunitz bestand eine Ortsgruppe des VdK; über ihre Jahreshauptversammlung berichteten im August 1966 die örtlichen Zeitungen. Bevor die Mitglieder satzungsgemäß ihren Vorstand für die nächste Geschäftsperiode wählten, hörten sie einen Vortrag des Kreisverbandsvorsitzenden Brune. Er schlug kämpferische Töne an: „Es ist absurd, zu behaupten, das Problem der Kriegsopferversorgung sei gelöst“, zitierten ihn die anwesenden Journalisten. „Für eine grundsätzliche Neuordnung sei die Zeit überreif.“ Worauf bezogen sich die Äußerungen des Redners? Er setzte sich mit dem Entwurf des dritten Neuordnungsgesetzes zum Bundesversorgungsgesetz auseinander, dessen Versorgungssätze seiner Ansicht nach nicht hoch genug waren. Zwar hatten sich die Versorgungssätze seit 1950 verdreifacht, doch seien sie, so Brune, von Anfang an zu gering bemessen gewesen und reichten deshalb auch trotz der erfolgten Anpassungen noch immer nicht aus, um die gestiegenen Lebenshaltungskosten zu bestreiten. Er schilderte, dass unter den Versorgungsempfängerinnen und -empfängern viele seien, die neben ihrer Versorgungsrente noch „Hilfe zum Lebensunterhalt“ in Anspruch nehmen müssten. Daher forderte der Kreisverbandsvorsitzende von der Politik, dass „ein kühner Schritt zur echten Anhebung getan“ werden müsse.

Er formulierte damit eine Forderung, die bis heute alle beschäftigt, die auf Sozialleistungen angewiesen sind, wie beispielsweise Rentnerinnen und Rentner, Menschen mit Behinderung, chronisch Kranke, Pflegebedürftige und deren Angehörige, Familien, ältere Arbeitnehmer und Arbeitslose. Der „Sozialverband VdK“ ist weiterhin einer ihrer Interessenvertreter, der sich auch um die Belange von Kriegs-, Wehrdienst- und Zivildienstopfern kümmert.

„Völlig neu“: Ein Markt für alte Landmaschinen

Verl vor 50 Jahren: Im September 1966 fand der erste Markt für Gebrauchtmaschinen in Kaunitz statt

Mechanisierung, Motorisierung, Modernisierung und Spezialisierung prägten die Arbeit in der Landwirtschaft in den 1960er Jahren. Landmaschinen waren von großer Bedeutung, denn „ohne Maschinen kann man nicht rationalisieren. Und maschinelle Rationalisierung ist vor allem zur Zeit des Arbeitskräftemangels wesentlicher Faktor, um einen Betrieb wirtschaftlich führen und konkurrenzfähig erhalten zu können.“ Gleichzeitig fielen „durch Umstellung eines Betriebes oder Einstellung eines Betriebszweiges immer mehr Gebraucht-Landmaschinen an.“ So beschrieben die Redakteure der örtlichen Zeitungen die Überlegungen, die den „Zweckverband Eier- und Geflügelgroßmarkt Kaunitz“ und die Kreisstelle der Landwirtschaftskammer in Wiedenbrück dazu geführt hatten, im September 1966 erstmals einen Gebraucht-Landmaschinen-Markt an der Markthalle in Kaunitz zu veranstalten. Denn was für den einen Landwirt nicht mehr von Nutzen war, konnte für einen anderen noch von Interesse sein. In Kaunitz sollten beide Seiten die Möglichkeit haben, einfach ins Geschäft zu kommen: Die Maschinen sollten „ohne vorherige Bewertung oder ohne daß ein Dritter in die Kaufverhandlungen eingeschaltet wird, ver- oder gekauft werden. Diese Umsatzform auf Treu und Glauben nach echter Marktsitte erspart unnötige Kosten.“



„Ackerfreund“

Außerdem fertigen wir die bekannten Vielfachgeräte „Super 2/53“ und die neue Dreipunkt-Gerätereihe „Super 60“. Fordern Sie auch hierüber unsere ausführliche Druckschrift.

GEBR. KÖCKERLING
LANDMASCHINENFABRIK

Verl über Gütersloh/Westf.
Fernsprecher Nr. 254

Die Schleuder-Grubberegge mit unübertroffener Leistung und eigenartiger Konstruktion. - DBGM -

Auch Bodenbearbeitungsgeräte der Firma Köckerling – wie die 1955 eingeführte Grubberegge „Ackerfreund“ – könnten auf dem ersten Markt für gebrauchte Landmaschinen Käufer gefunden haben.

Als der „Gebraucht-Landmaschinen-Markt“ am Dienstag, 13. September 1966 zum ersten Mal stattfand, umfasste das Angebot „so ziemlich alles, mit dem sich ackern und ernten läßt, von der Jauchetonne bis zum Mähdrescher.“ Heurachen, Pferde- und Treckerpflüge, Miststreuer, Drillmaschinen, Löffleggen und Zuckerrüben-Vollernter waren zu sehen. Allerdings überwogen unter den Besuchern noch diejenigen, die nur schauten, diejenigen, die auch kauften. Dies hofften die Veranstalter in Zukunft dadurch zu ändern, dass sich das Angebot an kleinen Landmaschinen für Nebenerwerbslandwirte vergrößerte. Mit dem Termin des nächsten Markts wollten sie dieser Zielgruppe ebenfalls entgegenkommen: Er würde nicht mehr in der Woche, sondern am Wochenende, an einem Samstag, stattfinden. Dann fänden die Nebenerwerbslandwirte die „Gelegenheit, neuzeitliche Maschinen zu erwerben, deren kostspielige Neuanschaffung für ihre Betriebsgröße einfach nicht rentabel wäre“.

„Ein Freudentag für die Gemeinde“

Verl vor 50 Jahren:

Im Oktober 1966 legte die evangelische Kirchengemeinde den Grundstein für ihre Kirche in der Sürenheide

Trotz des Regens fanden sich am Nachmittag des 23. Oktober 1966, einem Sonntag, viele Gemeindeglieder, Geistliche beider Konfessionen, Vertreter von Politik und Verwaltung sowie Journalisten am evangelischen Friedhof an der Königsberger Straße in der Sürenheide ein. Sie alle wollten die Grundsteinlegung für die neue Kirche miterleben, die Pfarrer Gräwe und Superintendent Dr. Gronau vornahmen.

Erst in der Nachkriegszeit hatte sich durch die Ansiedlung von Flüchtlingen und Vertriebenen in der Sürenheide eine geschlossene Bebauung entwickelt. Viele der Neuankömmlinge waren, anders als die alteingesessene Bevölkerung, evangelisch. Während im Dorf Verl bereits 1951 die evangelische Erlöserkirche geweiht worden war, mussten die evangelischen Christen in der Sürenheide ihre Gottesdienste viele Jahre in behelfsmäßigen Unterkünften halten; zuletzt in der St.-Georg-Schule. Sie wünschten sich unbedingt ein eigenes Gotteshaus. Schließlich erkannten die Landeskirche und die Kreissynode die Dringlichkeit eines Kirchbaus in der Sürenheide an und sicherten ihre finanzielle Unterstützung zu.

Ein geeignetes, unmittelbar neben dem schon seit 1954 bestehenden Friedhof gelegenes Baugrundstück verkaufte der Bauer Adrian, und im April 1966 veröffentlichten die Zeitungen die Entwurfszeichnungen des Architekten Tödttmann aus Gütersloh für die neue Kirche. Sie zeigten einen Zentralbau mit einem unregelmäßigem sechseckigen Grundriss und einem Dachreiter, geplant für 230 Gläubige, „schlicht, zweckmäßig, nach dem Stilempfinden der Gegenwart“.

Zwei Monate nach der Grundsteinlegung, am 5. Januar 1967, gab es das Richtfest, und noch einmal sieben Monate später, am 30. Juli 1967, fand die Weihe der neuen Kirche statt. Einen Namen hatte sie zu diesem Zeitpunkt noch nicht; ihn erhielt sie erst 1970 durch einen Beschluss des Bezirkspresbyteriums Verl: „Auferstehungskirche“ heiße sie, so erinnerte sich Pfarrer Gräwe später, wegen des benachbarten Friedhofs – denn „es gelte ja, in der Kirche den Tod und die Auferstehung Jesu zu feiern“.

„Ein Mann der Tat“

Verl vor 50 Jahren: Im November 1966 war Bürgermeister Dreismann seit 10 Jahren im Amt

Im November 1966 würdigten nicht nur die Mitglieder des Rats der damaligen Gemeinde Verl, sondern auch die örtlichen Zeitungen das zehnjährige Dienstjubiläum des Bürgermeisters Hermann Dreismann. Im Alter von gerade 29 Jahren hatten die Ratsherren den CDU-Politiker am 9. November 1956 in dieses Amt gewählt.

Wie alle Bürgermeister der fünf politisch selbständigen Gemeinden, die dem Amt Verl angehörten – Verl, Bornholte, Sende, Österwiehe und Schloß Holte – versah Hermann Dreismann seine Aufgabe ehrenamtlich, neben seiner kaufmännischen Berufstätigkeit. Dieses Ehrenamt aber nahm ihn täglich etliche Stunden in Anspruch, so dass er eigentlich zwei Berufe nebeneinander ausübte. Als Vorsitzender des Rats musste der Gemeindebürgermeister sich selbst und die Ratsmitglieder über alle wichtigen Gemeindeangelegenheiten unterrichten und die Verhandlungen in vielen Gremien leiten – im Gemeinderat, im Bauausschuss, im Planungsbeirat oder im Schulausschuss. Außerdem repräsentierte er den Gemeinderat in der Öffentlichkeit: „Nach Möglichkeit gehe ich zu allen Veranstaltungen, zu denen ich eingeladen werde“, erklärte Hermann Dreismann den Zeitungen. Und selbst an den Sonntagen suchten ihn Bürgerinnen und Bürger in seinem Wohnhaus auf, um seinen Rat einzuholen.

Hermann Dreismann war Bürgermeister in einer Zeit, in der sich seine Gemeinde durch neue Einrichtungen veränderte. Viele Vorhaben setzte er gemeinsam mit dem Rat und der Verwaltung um, so den Neubau der Dietrich-Bonhoeffer-Schule, der St.-Antonius-Schule Widei und der St.-Georg-Schule Sürenheide oder die Einrichtung der Realschule im Dorf Verl als erste weiterführende Schule im Amtsbezirk. Die erste Kläranlage im Amt Verl entstand ebenfalls in der Gemeinde Verl. Der Bürgermeister war ein Mann der „Modernisierung“, der auch das Gesicht seiner Gemeinde, den Ortskern Verl, durch die Zusammenarbeit mit dem Planer der Sennestadt, Professor Reichow, erneuern wollte, um Verl zeitgemäß weiterzuentwickeln.

Hermann Dreismann selbst sagte später, auf diese Jahre zurückblickend: „In meiner Amtszeit waren dem 18köpfigen Rat die Schaffung von Arbeitsplätzen und die schulische Fortbildung auf unterschiedlichen Ebenen sowie das intakte Leben der Bürger das Wichtigste.“ Tatsächlich waren es bei seinem Tod im Jahr 2012 die Ausweisung der Industriegebiete in der Sürenheide und die Schaffung der Grundlagen für die heutige Schullandschaft in Verl, die die Nachrufe als seine wichtigsten Leistungen würdigten.



In den 1970er Jahren, als diese Fotografie entstand, übte Hermann Dreismann das Amt des Bürgermeisters nicht mehr aus. Er war aber weiter Mitglied des Gemeinderats.

„Klassentrakt in Rekordbauzeit fertiggestellt“

Verl vor 50 Jahren: Im Dezember 1966 bezog die Realschule eigene Räume

In ihrem sogenannten Hamburger Abkommen hatten die Kultusminister der Bundesländer am 28. Oktober 1964 beschlossen, das Schuljahr ab 1967 nicht mehr zu Ostern, sondern wie in Bayern und den europäischen Nachbarländern nach den Sommerferien beginnen zu lassen. Dafür teilte Nordrhein-Westfalen das Schuljahr 1966/1967 in zwei „Kurzschuljahre“ auf; das erste begann noch einmal zu Ostern, das zweite am 1. Dezember. Außerdem hatten die Kultusminister die Schulpflicht auf neun Jahre verlängert.

Deshalb standen die Handwerker, die seit August 1965 an dem Realschulgebäude in Verl bauten, im November 1966 unter großem Zeitdruck. Denn die benachbarte Marienschule, die die ersten drei Jahrgänge der 1964 eingerichteten Realschule beherbergte, benötigte diese Klassenzimmer jetzt selbst, um die eigenen Schulanfänger und die Kinder der neunten Volksschulklasse unterzubringen. Daher arbeiteten alle Gewerke fieberhaft daran, wenigstens den Klassentrakt des neuen Schulgebäudes bis Anfang Dezember unterrichtsfähig herzustellen: Die Männer „traten sich gegenseitig auf die Füße“, wie die Berichterstatter der örtlichen Tageszeitungen beobachteten. Doch gelang es ihnen, rechtzeitig fertig zu werden, so dass die Realschülerinnen und -schüler am Montag, dem 5. Dezember 1966, erstmals in ihren eigenen Räumen Unterricht hatten.

In der Woche zuvor hatten sie bereits gemeinsam mit Hausmeister Hermann Kuhljürgen und Schulleiter Theodor Meyer ihre Möbel aus der Marienschule hinübergetragen, hatten sie jedoch wegen der Bauarbeiten noch nicht in den Klassenräumen aufstellen können. Ursprünglich einzügig geplant, benötigte die Realschule in ihrem dritten Jahr statt drei bereits sechs Klassenräume: Je einen für die 1964 und 1965 eingeschulten Kinder, zwei für die vielen jüngst an Ostern 1966 gekommenen und zwei für die zahlreichen Anfänger, die jetzt im Winter 1966 das zweite Kurzschuljahr begannen. Hinter dem Klassentrakt bestand die Baustelle weiter: Noch waren weder die Fachräume noch das Pädagogische Zentrum, die Aula, die Turnhalle und das Lehrschwimmbecken fertiggestellt. Auch die Toiletten standen noch nicht zur Verfügung. „Schüler und Lehrer mussten die Örtlichkeiten der Marienschule mitbenutzen“, erinnerte sich Schulleiter Meyer später. Bei ihrer Übergabe am 1. Mai 1968 war die gesamte Anlage schon wieder zu klein, so unerwartet gut nahmen Kinder und Eltern die Realschule in Verl an.



Der Ausschnitt aus einer Luftaufnahme aus dem Jahr 1981 zeigt den gesamten Gebäudekomplex der Realschule Verl; im Vordergrund ist ein Teil des Gymnasiums mit seinen grünen Fensterrahmen zu erkennen.